

PDS in Berlin – Juni 2004



Sylvia-Yvonne Kaufmann und Helmut Scholz – beide kandidieren für die PDS zum Europaparlament – präsentieren das Plakat: „Es reicht: Für eine bessere Politik. Am 13. Juni – Sozial wählen: PDS“ (Foto: Martin Icke)

Auf jede Stimme kommt es an

Erwartet wird eine niedrige Wahlbeteiligung. Der PDS werden um die fünf Prozent vorausgesagt. Trifft dies zu, wofür manches spricht, können wir es schaffen – aber nur, wenn wir um jede einzelne Stimme ringen. Dann wird der Wiedereinzug ins Europaparlament und 2006 die Rückkehr in den Bundestag in Fraktionsstärke gelingen. Machen wir uns nichts vor: Vom Wahlergebnis am 13. Juni hängt in hohem Maße das Schicksal der PDS als Bundespartei ab. Das mag überzogen klingen. Aber es ist die schlichte Wahrheit. Überzeugt bin ich davon, dass hier in Berlin viele Menschen unsere Vision von der Zukunft Europas teilen. Es soll sozial, solidarisch und zivil sein. Und wir meinen: Gerechtigkeit in Europa beginnt zuerst im eigenen Land. Sagen wir den Wählerinnen und Wählern: Wer will, dass Multis und Großbanken, dass neoliberaler Politik die „rote Karte“ gezeigt wird und dass Bürgerinnen und Bürger über ihre Zukunft in Europa mitentscheiden können, der muss PDS wählen. Und wer will, dass die EU abrüstet, dass europäische Eingreiftruppen nicht in Kriege ziehen, der muss ebenfalls PDS wählen. Aber sagen wir ihnen auch: Wer nicht wählt, wählt letztendlich doch! Gewinnen werden dann genau die, die er oder sie nicht will! Deshalb: Am 13. Juni – Sozial wählen: PDS!

■ Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP

Europäische Linkspartei gegründet

„Buon viaggio!“, gute Reise, wünschte uns Fausto Bertinotti, der gerade gewählte Präsident der frisch gegründeten Europäischen Linken (EL) zum Abschied. Wir waren guter Dinge, der Gründungskongress in Rom war gelungen. Er stand unter dem Motto: „Das ist erst der Anfang!“

Delegierte, Beobachter und Gäste aus 20 Ländern waren am 8. und 9. Mai 2004 ins „Domus pacis“, ins „Haus des Friedens“ gekommen, um sich gemeinsam ein Statut und ein Programm zu geben. Die PDS war mit 12 Delegierten und weiteren Genossinnen und Genossen dabei. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky gehörte zu jenen, die das EL-Projekt seit Monaten befördert hatten.

Die Stimmung war von Anfang an ansteckend, allemal als das Werk vollbracht war. „Bandiera rossa“ klang aus Hunderten Kehlen. Nur einmal gab es Misstöne. Es ging ums Statut, um einen konkreten Passus. Darin distanziert sich die Europäische Linkspartei vom Stalinismus. Das wollte die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens nicht. Sie prüft nun weiter, ob sie Mitglied werden will oder nicht. 15 andere Parteien traten der EL bei, drei weitere wurden offizielle Beobachter.

Am Sonntag fuhren wir zu den Ardeantinischen Höhlen. Eine Gedenkstätte, die an ein Massaker der SS an italienischen Zivilisten erinnert. Außerdem besuchten wir das Grab von Antonio

Gramsci. Dabei fiel mir ein Zitat des linken Denkers ein. Es passt gut zur EL-Gründung, finde ich. In seinen „Heften aus dem Gefängnis“ schrieb er über die Geschichte einer Partei:

„Der Sektierer wird sich über unbedeutende innere Vorgänge erregen, die für ihn eine esoterische Bedeutung haben und ihn mit mystischer Begeisterung erfüllen; der Historiker dagegen (...) wird den Akzent vor allem auf die reale Wirksamkeit der Partei legen, auf ihre bestimmende positive und negative Kraft ...“.

Eine Woche nach Rom beriet der Landesparteitag der Berliner PDS. Es ging um die Bilanz nach 2 ½ Jahren Rot-Rot und um die Europa-Perspektive der Linken. Wir hatten internationale Gäste aus Paris, Riga und Rom, allesamt selbst mitregierend und zugleich am Gründungsprozess der EL beteiligt. Stefan Liebich, PDS-Landesvorsitzender, griff die gemeinsamen Interessen auf. Er regte im Rahmen der Europäischen Linken ein „Netzwerk der Hauptstadt-Verbände“ an. Die Idee erntete viel Beifall.

■ Carsten Schatz,
Landesgeschäftsführer

Mehr zur Europäischen Linkspartei unter www.sozialisten.de
Literatur: Gramsci, Antonio: Zur Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1980, S. 263

8. Mai soll Gedenktag werden

Die PDS-Fraktion setzt sich dafür ein, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus in Berlin künftig Gedenktag wird. Während der Tag in den Ländern der ehemaligen Alliierten feierlich begangen werde, sei dies in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Sollte der Vorschlag der PDS eine Mehrheit finden, könnte der 60. Jahrestag der Befreiung im kommenden Jahr bereits als Gedenktag würdig begangen werden.

Carrousel-Theater bleibt erhalten

Das Kinder- und Jugendtheater in Lichtenberg soll erhalten und seine Arbeitsfähigkeit gesichert werden. Dies beschloss die PDS-Fraktion, nachdem Überlegungen der Koalition bekannt wurden, wonach die Mittel für das Carrousel-Theater mittelfristig auf die Höhe der Förderung für das Grips-Theater gesenkt werden sollten. Berlins Kultursenator Thomas Flierl will als Ergebnis der Arbeit einer bereits tätigen Struktur- und Findungskommission im Juni ein Konzept zur Zukunft des Carrousel-Theaters vorlegen.

Mieterschutz garantiert

Der Berliner Senat hat beschlossen, die städtische Wohnungsgesellschaft GSW für 405 Mio. Euro an die US-amerikanische Investmentgesellschaft Cerberus Capital Management zu verkaufen. Das Parlament soll noch vor der Sommerpause seine Zustimmung erteilen. Für die PDS-Fraktion steht dabei der Mieterschutz im Vordergrund. So sollen Mietverträge fortgelten, Eigenbedarfskündigungen im Falle der Umwandlung in Eigentumswohnungen sowie Luxusmodernisierungen ausgeschlossen werden und Mieterhöhungen nur im Rahmen des Berliner Mietspiegels möglich sein.

Junge PDSler hatten für allgemeine Verwirrung gesorgt. Sie dachten über den notwendigen Abbau von Doppelstrukturen in der Stadt nach und wollten ausgerechnet den Berliner Tierpark „sparen“. Das brachte ihnen viel Kritik inner- und außerhalb der PDS ein. Stefan Liebich, Fraktions- und Landesvorsitzender, stellt auf dem Parteitag klar: „Die PDS ist die Partei, die den Erhalt des Tierparks garantiert!“



Foto: Axel Hildebrandt

Verschwendung und kein Ende?

Der aktuelle Rechnungshofbericht hat wieder viele Diskussionen in der Stadt ausgelöst. Und auch wir wurden gefragt, wie wir denn damit umgehen. Nun, der Rechnungshof ist Gehilfe des Parlaments, denn er kontrolliert die Haushaltsführung der Regierung. Dabei findet Finanzkontrolle nicht um ihrer selbst willen statt. Sie dient dem richtigen Umgang staatlicher Stellen mit öffentlichen Mitteln.

Da die Parlamentsmehrheit die Regierung stellt, ist sie – so wie jetzt SPD und PDS – in der argumentativen Defensive, wenn die Opposition den Rechnungshofbericht zum Anlass nimmt, die Haushaltsführung der Regierung zu kritisieren. Die Botschaft lautet zusammengefasst: Alle müssen sparen, nur der Senat tut dies nicht. Von den Medien wird diese Kritik gern aufgegriffen. Doch ist dem wirklich so? Ein genauer Blick in den Rechnungshofbericht und auf den parlamentarischen Umgang mit ihm sagt: Nein – aber es werden Mängel gezeigt, die behoben werden müssen.

Der aktuelle Jahresbericht unterstützt die Regierungs- und Parlamentslinie von Rot-Rot, wonach sich die Stadt in einer extremen Haushaltsnotlage befindet und auf Sanierungsleistungen des Bundes angewiesen ist. Der Rechnungshof prüft zudem die Haushalts- und Vermögensrechnung sowie die Kreditaufnahme. Im vergangenen Jahr empfahl der Rechnungshof noch, den Senat nicht zu entlasten, da die Haushalts- und Vermögensrechnung grob unvollständig sei. Nach mehrmonatigen Beratungen im Haushaltskontrollausschuss und nachdem der Senat seine Hausaufgaben erledigt hat, konnte der Rechnungshof nichts mehr gegen eine Entlastung der Regierung einwenden.

Im umfangreichsten und öffentlichkeitswirksamsten Teil des Jahresberichts zur Wirtschaftsführung in den einzelnen Senatsressorts werden Beispiele für grobe Missstände bzw. zu kritisierende Entscheidungen veröffentlicht. Den Kontrolleuren ist durchaus bewusst, dass manche kritisierte Entscheidung zwar nicht dem Rechnungshofinteresse entspricht, aber politisch gewollt ist. So z.B. im Sozialhaushalt von Heidi Knake-Werner oder bei der Reduzierung von Personal in den Bezirken ohne betriebsbedingte Kündigungen. Der Rechnungshof akzeptiert dies und beschränkt sich in diesem Falle auf die Rolle des Mahners.

Mitunter führt die Kritik auch zur Modifizierung von Programmen, eine Arbeit, die der Haushaltskontrollausschuss leistet. Hier herrscht häufig eine Übereinstimmung zwischen Oppositions- und Regierungsauffassungen. Mehr als die Hälfte aller Beschlüsse ist einstimmig. Bei politisch strittigen Themen entscheidet die politische Mehrheit des Parlaments.

Viele Kritikpunkte des Rechnungshofes werden vom Senat dankbar aufgenommen, bei anderen kann der Rechnungshof widerlegt werden. Manches erledigt sich durch Zeitablauf wie bei den Wasserbetrieben. Da hat sich der rot-rote Senat inzwischen von einer Altlast befreit. Oder bei der Suche nach einer Lösung zum Telebus. Da gehen die Überlegungen der Sozialsenatorin bereits in die Richtung, wie sie der Rechnungshof zuletzt beschrieben hat.

■ Benjamin-Immanuel Hoff (PDS) leitet den Unterausschuss Haushaltskontrolle des Berliner Abgeordnetenhauses

Für die PDS querland

Der Mai führte mich über Land, quer durch die Bundesrepublik. München, Hannover, Magdeburg, Stollberg waren nur einige Stationen. Sie alle hatten zweierlei gemein: Demnächst wird gewählt und die „Agenda 2010“ frustriert, allerorten.

Jüngst hatten mich Senioren ins Kulturforum Marzahn geladen. Allein die dort geschilderten Erfahrungen mit der so genannten Gesundheitsreform sind hanebüchen, aber wahr. Dieselben Erlebnisse schlugen mir in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen entgegen. „Machen Sie Druck, Frau Pau, meine Partei verliert sonst alle Bodenhaftung“, flehte ein gestandener Sozialdemokrat auf einem Gewerkschaftstag. „Wählen Sie am 13. Juni sozial“, warb ich zurück, „dann kann ich auch mehr drücken.“

Nach Koblenz wurde ich als Referentin geladen. Das Thema hieß: „Arme Menschen im freien Markt!“ Ich sprach über Legenden, die uns umgeben. Sie werden gestrickt, verbreitet, wiederholt. Eine heißt: „Deutschland ist so arm wie nie!“ Eine andere behauptet: „Die Arbeitszeit muss länger werden!“ Eine dritte suggeriert: „Der Sozialstaat macht faul!“ Die Legenden beginnen morgens beim Frühstückfernsehen. Sie werden im Bundestag wiedergekaut. Und sie erfreuen sich hoher Sonntagsquoten bei „Christiansen“.

Als sich neulich im Bundestag wieder mal alle Fraktionen über den „EU-Stabilitätspakt“ ereiferten, stellte ich die Frage: „Warum diskutieren wir nicht mal über einen Sozialpakt? Es kann doch nicht gut gehen, wenn die Arbeitslosigkeit überall wächst, wenn die Sozialsysteme krachen, wenn Unternehmen keine Steuern mehr zahlen und wenn Dumpinglöhne als heilig gelten?“ Das war eine simple Frage. Aber ich fand keine Partner.

„Die EU ist groß und Brüssel fern.“ Diese Grundstimmung erfahre ich immer wieder. Im tiefen Bayern gab es ein ungläubiges Erwachen, als ich erklärte: „Über 60 Prozent aller deutschen Gesetze werden längst durch die EU bestimmt.“ Die Zahl ist groß, aber es geht um viel mehr. Ob die Europäische Union sozial geprägt und demokratisch verfasst wird, das sollte man wirklich keinem Zufall überlassen. Zumal: Eine friedliche Union ist eine urlinke Vision, sie lohnt jedes Engagement.

Wir haben im Bundestag wiederholt eine Volksabstimmung über die künftige EU-Verfassung gefordert. Obendrein: „Nur wenn die PDS zur EU-Wahl über 5-Prozent kommt, dann läuten in den Parteizentralen von CDU bis SPD die Alarmglocken.“ Die Gewerkschafter in Koblenz antworteten darauf mit viel Beifall. Das macht Mut für mehr und Besseres.

■ Petra Pau (MdB)

In Kürze:

Jugendweihe 2004

Auch in diesem Jahr waren beide Bundestagsabgeordnete der PDS gefragte Rednerinnen auf Jugendweiheveranstaltungen. Petra Pau gratulierte zum feierlichen Tag „zwischen du und Sie“ und empfahl eine Lebensmaxime von Karl Marx: „An allem ist zu zweifeln.“ Gesine Lötzsich verglich das Leben mit einem Theaterstück, in dem die Jugendlichen immer mehr selbst Regie führen sollten. Die Frage nach Luxus beantwortete sie mit Armani: „Sagen zu können, was man denkt.“

Rede-Spitzen

Zum zwölften Mal feierte die PDS Pfingsten am Werbellinsee. Erneut kamen siebenhundert aus nahezu allen Bundesländern. Gesine Lötzsich und Petra Pau plauderten aus dem Bundestag und schöpften Statistisches. Auch ohne hinreichende Arbeitsbedingungen hat jede der beiden PDS-Frauen über 80 Reden auf ihrem Konto. Zum Vergleich: Joseph Fischer 39, Guido Westerwelle 22, Franz Müntefering 21, Angela Merkel 20.

Frauen im Netz:

➔ www.gesine-loetzsch.de

➔ www.petra-pau.de

Bundestagsbüro

Dr. Gesine Lötzsich

2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de
Bürgersprechstunde:
8. 06. 2004, 17–18 Uhr

Wahlkreisbüro

Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de
Bürgersprechstunde:
23. 06. 2004, 10–12 Uhr



Foto: Klaus Singer

Protestaktion am Brandenburger Tor gegen die Teilnahme von Nazi-Richter Filbinger als CDU-Wahlmann an der Bundesversammlung zur Wahl des neuen Bundespräsidenten. Mit dabei: MdB (PDS) Gesine Lötzsich (2. v. r.)

Termine:

7. Juni 2004

Podiumsdiskussion: „Neues Schulgesetz und Veränderungen am Beginn der Schulzeit“

kommunalpolitisches forum e. v. (berlin)
18–21 Uhr, Abgeordnetenhaus, Raum
107, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin

7.–10. Juni 2004

PDS-Wahltour mit dem roten Doppel-decker durch die Berliner Bezirke

u.a. mit Sylvia-Yvonne Kaufmann (EU-Spitzenkandidatin), Lothar Bisky (PDS-Vorsitzender), Gesine Löttsch sowie Petra Pau (PDS im Bundestag) und Stefan Liebig (PDS-Landesvorsitzender).

8. Juni 2004

„Aktuelle Politik in Berlin – Sozialberichterstattung zu mehr Demokratie“

Präsentation und Diskussion der Ergebnisse einer Studie von isda
Veranstaltung von Helle Panke und RLS
Eintritt 1,50 Euro, 18 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

8. Juni 2004

„Wohin geht die deutsche Außenpolitik? – Wir fordern: Keine Militarisierung der EU!“

mit Tobias Pflüger, Kandidat der PDS zur Europawahl, und Ottfried Nassauer
19 Uhr, Rathaus Schöneberg, Kennedy-Saal

10. Juni 2004

Vom D-Day zum Recht auf militärische Intervention?

Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Sybille Tönnies und Prof. Dr. Stefan Doernberg
Moderation: Martin Hantke
Veranstaltung von „Helle Panke e.V.“
(Eintritt: 1,50 Euro)
19 Uhr, Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72

13. Juni 2004

PDS-EU-Wahlparty

17 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

16. Juni 2004

Rathausgespräch, Petra Pau und Prof. Eisentraut debattieren

19:30 Uhr, Helene-Weigel-Platz 8, 12681 Berlin

19. Juni 2004

Tag der Offenen Tür im Abgeordnetenhaus von Berlin

Die PDS-Fraktion präsentiert sich unter dem Motto „Wissen schafft Zukunft. Wissen schafft Stadt.“
12–13.30 Uhr Gesprächsrunde mit den Vorsitzenden der Fraktionen
11–18 Uhr, Niederkirchnerstr. 5

Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin
Titel & Gestaltung: www.warenform.net
Druck: www.druckerei-bunterhund.de
Redaktionsschluss: 25. 05. 2004

Kalenderblatt:

6. Juni 1944

Landung in der Normandie

„Dies ist die Schlacht um Frankreich und es ist die Schlacht Frankreichs!“
(Charles de Gaulle, 6. Juni 1944)

Bereits am Abend des 2. Juni 1944 erhielt der französische Widerstand in der Region Bordeaux einen entscheidenden Hinweis: In einer verschlüsselten Nachricht der BBC, die in Frankreich nur heimlich empfangen werden konnte, wurde die Resistance instruiert, die Invasion der West-Alliierten in der Normandie vorzubereiten. Die Operationen der Widerstandskämpfer in der Aquitaine – unter anderem die Zerstörung der Eisenbahnverbindungen im Umkreis von 200 Kilometern – sollten den Vormarsch der im Südwesten stationierten deutschen Truppen zum Ort der Landung so weit wie möglich aufhalten.

Als drei Tage später die zweite Botenschaft aus London über verbotene Radiowellen die Frauen und Männer erreichte, die seit dem Beginn der deutschen Besatzung ihren Widerstand gegen den deutschen Faschismus aufrechterhalten hatten, liefen die Manöver der Verbündeten aus 15 Staaten an der französischen Atlantikküste bereits auf Hochtouren. Allerdings wären sie beinahe an den ungünstigen Wetterbedingungen gescheitert. Denn die vornehmlich aus den USA, Großbritannien und Kanada rekrutierten Truppen planten die Invasion – anders als von den deut-

schen Besatzern erwartet – nicht in den großen Häfen. Dementsprechend unvorbereitet waren Hitlers Soldaten, als sich das Wetter doch noch besserte und die Alliierten in der Operation Overlord zwischen Cherbourg und Caen an unbefestigten Stränden landeten.

Die alliierte Landung in der Normandie ging einher mit der Mobilmachung des gesamten französischen Widerstandes. In der Region Bordeaux wurden die in Scheunen, Tabakdarren, Weinkellern und Grotten versteckten Waffen verteilt, Telefonverbindungen der deutschen Besatzer wurden ebenso zerstört wie Schienen, Eisenbahnbrücken und Bahnhofsdepots.

Die Resistance – Frauen und Männer, Kommunisten, Gewerkschafter und Christen – leistete hier, wie überall in Frankreich in den Sommermonaten des Jahres 1944, einen entscheidenden Beitrag, um Europa vom Hitler-Faschismus zu befreien. So wie es de Gaulle in seiner Ansprache gefordert hatte:

„Für die Kinder Frankreichs, wo sie auch seien, wer sie auch sind, ist es eine schlichte und heilige Pflicht, zu kämpfen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.“

■ Natalie Rottka

SERVICEE

10.06.: Wahlkampfabschluss der PDS

u.a. mit dabei: Sylvia-Yvonne Kaufmann, Lothar Bisky, Sahra Wagenknecht und Gregor Gysi



16 bis 20 Uhr, Prater-Garten, Kastanienallee, Prenzlauer Berg